

Papst Wojtyla ist tot – es lebe Papst Ratzinger

Die Sache mit der Religion: Vom christlichen Glauben, vom Gottesreich auf Erden sowie von Kirche und Staat heute

Karol Wojtyla stirbt, und außer hunderttausenden Pilgern findet sich auch die regierende Elite der westlichen Welt ein. Eine aufgeklärte Öffentlichkeit, die von moralischer Bevormundung durch autoritäre Instanzen nichts wissen will und neulich noch den rein privaten Charakter des abendländischen Kirchenglaubens als welthistorische Errungenschaft der bürgerlichen Neuzeit im Gegensatz zum extrem rückständigen, deswegen so Terrorismus-anfälligen islamischen ‚Kulturkreis‘ hochgehalten hat, feiert den Einfluss des Verstorbenen Kirchenführers auf die Moral der Menschheit im Allgemeinen und der Jugend im Besonderen, lobt seinen Beitrag zur Zersetzung des kommunistischen Ostblocks, zeigt sich beeindruckt vom Vorbild seines öffentlichen Sterbens – und feiert ihn überschwänglich dafür, dass er das geliefert hat, was ‚die Menschen‘ ihrer aufgeklärten Meinung nach mehr als alles andere braucht: Orientierung, und zwar möglichst verlässliche. Zwei Jahrhunderte nach der ‚Aufklärung‘ steht also nicht nur die Geisteshaltung namens ‚Religion‘, der Glaube an ein ‚Jenseits‘ hoch im Kurs – jedenfalls in seiner ‚abendländisch-christlichen‘ Fassung. Auch ihre institutionalisierte Fassung als durch die weltliche Gewalt anerkannte und geschützte ‚geistliche Gewalt‘ in Gestalt der christlichen Kirchen genießt allgemeine öffentliche und politische Wertschätzung über den Kreis ihrer bekennenden Glaubensanhänger hinaus. Anlass genug für den **GegenStandpunkt**, 150 Jahre nach Marxens Diktum von der Religion als Opium des Volkes der Eigenart dieser verbreiteten ‚jenseits‘-orientierten Denkart auf den Grund zu gehen, ihrer weltlichen Organisation und ihrem Wirken im Diesseits nachzugehen und ihre Leistungen für Moral und Sittlichkeit sowie ihre Wertschätzung durch die herrschenden Instanzen wie umgekehrt zu würdigen.

Nato heute: Unvereinbare Interessen am Forbestand der Militärallianz und die aktuellen Streitfälle der transatlantischen Agenda Iran und China

Die Frage nach der Tiefe des ‚Grabens‘ zwischen den USA und ihrem europäischen Nato-Pfeiler ist zum Dauerthema diesseits und jenseits des Atlantik geworden. Kein Wunder: Auch wenn es diesen vormals geschätzten Hort gemeinsamer westlicher Freiheit in Gestalt eines hochgerüsteten dauerhaften Kriegsverbündnisses noch gibt und wenn es sich insbesondere bei der Zerlegung Jugoslawiens noch einmal bewährt hat; das Bündnis hat mit der friedlichen Kapitulation der Sowjetunion seine selbstverständliche Existenzgrundlage verloren. Zweitens gibt es – trotz und bei allen amerikanisch-europäischen Beschwörungen der Gemeinsamkeit – für die Bündnispartner die ‚gemeinsame Bedrohung‘ nicht mehr, die sie in den letzten Gewaltfragen bei aller Konkurrenz zu dauerhafter strategischer Übereinkunft bewogen hat. Im Gegenteil. Eben diese gewaltsamen Ordnungsaufgaben, die Amerika und Europa in einer Staatenwelt mit lauter ‚Bedrohungen‘ ihrer berechtigten Interessen ausmachen, sind heute das erklärte Feld ihrer Konkurrenz, auf dem Amerika unbedingte Führung beansprucht und Europa sie ihm in der einen oder anderen Weise streitig macht. In der Diskussion um die ‚künftige Rolle des Bündnisses‘ wird diese Konkurrenz zur Sprache gebracht, praktisch ausgeglichen wird sie an den jeweiligen ‚Brennpunkten‘ des weltpolitischen ‚Geschehens‘, wo die Weltmacht USA und ihre europäischen Antipoden um Kontrolle über und Einfluss auf die Staaten ringen.

Zwei weitere Fälle von Demokratisierung: Umsturz in Kirgisien, ‚Zedern-Revolution‘ im Libanon

Neuerdings sind ‚wir‘ alle ja große Revolutionsfreunde. ‚Wir‘ helfen jedenfalls nach Kräften, wenn es um die Beseitigung von Unterdrückung geht– sei es nun in Kirgisien, sei es im Libanon. Worin die Freiheit besteht, die sich die Völker da erkämpfen, wenn die amtierenden Führer des freien Westens, USA allen voran, ihnen auf die Sprünge helfen, erfährt man allemal aus deren Munde: Im Libanon sind die Wahlen frei nur, wenn vorher Syrien mit seiner Aufsichtsmacht verschwindet und westlicher Einfluss gilt, egal, wie die Verhältnisse vor Ort aussehen und worum sich die Fraktionen im Land streiten. Um die Führung und die weitergehenden Perspektiven bei der Beseitigung der syrischen Ordnungsmacht konkurrieren die auswärtigen Freunde des libanesischen Volks USA und Frankreich. In Kirgisien muss ein Mann weg, der nicht nur den USA, sondern auch den Russen ein Stützpunkt im Land überlässt und sich auch sonst aus staatlichen Berechnungen wie Nöten mit Russland arrangiert, statt einseitig nach ‚Westen‘ orientiert, und sich damit viel zu lange an der Macht hält. Da ist das Volk mit seiner Unzufriedenheit gefordert – kein Wunder, dass die Massen und ihre zerstrittenen lokalen Führer, die man für die gewünschte Neuausrichtung funktionalisieren will, ‚uns‘ gar nicht alles recht machen.